TECHNISCHE UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN

CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 10/2005

abgeschlossen am
26. Oktober 2005

Seite

1. *Majority Leader* Tom DeLay lässt Amt nach Anklageerhebung ruhen 1

2. Senat bestätigt Ernennung von Roberts zum Vorsitzenden des *Supreme Court* 2

3. Bush Nominierung von Harriet Miers für *Supreme Court* umstritten 3

4. Republikaner spüren wachsenden Druck bei Haushaltsberatungen 2006 5

5. Haushaltsbewilligung 2006 für *Homeland Security* verabschiedet 7

6. Senat einigt sich auf Verteidigungsbewilligungsvorlage 2006 8

7. Repräsentantenhaus schränkt Produkthaftung für Handfeuerwaffen ein 9

8. Stärkere Kontrolle der Katastrophenhilfe verlangt 10

9. Bush dringt erneut auf Visa-Programm 10

10. Ermittlungen zu Wilson-Affäre kurz vor dem Abschluss 11

10/2005

O. Senat und Repräsentantenhaus haben ihre Arbeit nach einer einwöchigen Sitzungspause am 17./18. Oktober 2005 wieder aufgenommen.

1. *Majority Leader* Tom DeLay lässt Amt nach Anklageerhebung ruhen

House Majority Leader Tom DeLay (R-Tx.) ist Ende September 2005 vorläufig von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender zurückgetreten, nachdem gegen ihn in Texas ein Verfahren wegen Mitwirkung an rechtswidrigen Wahlkampffinanzierungspraktiken eröffnet worden ist.

Staatsanwalt Ronnie Earl, der seit längerem gegen das von Tom Delay mit begründete Wahlkampfspenden-Komitee *Texans for a Republican Majority* (TRM PAC) ermittelt, reichte am 28. September in Travis County, zu dem die texanische Hauptstadt Austin gehört, Klage gegen DeLay ein.

Die Anfang Oktober nochmals erweiterte Klage umfasst zwei Punkte:

- Verabredung (*conspiracy*) zur Umgehung von Wahlkampffinanzierungsbestimmungen sowie

- Geldwäsche (*money laundering*) durch Umwegfinanzierung von Wahlkämpfen.

Beide Anklagepunkte beziehen sich auf fragwürdige Überweisungen von Spenden von TRM PAC an das *Republican National Committee* (RNC), das im Gegenzug 2002 Spenden in gleichem Umfang an von DeLay unterstützte Kandidaten für den Congress geleistet haben soll. Die Herkunft der Spenden von Unternehmen verletzt texanisches Wahlkampfrecht.

Obwohl DeLay unverändert seine Unschuld beteuert und daran festhält, nicht an der Leitung der Geschäfte von TRM PAC beteiligt gewesen zu sein, musste er gemäß der Regeln der republikanischen Repräsentantenhausfraktion nach der Anklageerhebung seine Leitungsposition zumindest vorübergehend räumen.

Die Funktion des *Majority Leader* nimmt nach einem Beschluss der Fraktion zunächst kommissarisch der Abgeordnete Roy Blunt (Mo.) war, der aber zugleich Fraktionsgeschäftsführer (*Majority Whip*) bleibt, um den Übergangscharakter der Entscheidung zu unterstreichen.

DeLays Abtritt, auch wenn nach der Klärung der Vorwürfe offiziell seine Rückkehr an die Fraktionsspitze geplant ist, stellt einen herben Schlag für die republikanische Führung im Repräsentantenhaus wie für die Administration dar. Der Texaner, der den Spitznamen „The Hammer“ seinem kompromisslosen Fraktionsregiment verdankt, galt als Garant des Zusammenhalts der Fraktion und der Durchsetzungsfähigkeit der knappen republikanischen Mehrheit in der Kammer.

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Angesichts der schwierigen Lage und des Stimmungstiefs, in der sich die Republikanische Partei gegenwärtig befindet (vgl. auch Punkt 4), wird das Fehlen des Chef-Strategen als potenzielles Desaster gewertet.

Auf seinem angekündigten Weg zurück an die Führungsspitze ist DeLay mit hohen Hürden konfrontiert. Selbst wenn es DeLays Verteidigungsteam gelingt, einen schnellen Prozess und einen Freispruch zu erreichen, belasten die mehrfachen Rügen des *House Ethics Committee* sowie eine Untersuchung seiner Verbindungen zu dem vor einem Bundesgericht unter Anklage stehenden Lobbyisten Jack Abramoff (vgl. CR 4/2005, S. 8) den ehemaligen konservativen „Kronprinzen" in der Anwartschaft auf das Amt des *Speaker* schwer.

Mit Blick auf die *Midterm Elections* 2006 wächst für die republikanische Fraktion zusehends die Versuchung, sich von den anhaltenden Kontroversen um Korruptionsvorwürfe und grobschlächtige parteipolitische Manipulationen zu distanzieren.

Für *Speaker* J. Dennis Hastert (Ill.), dessen zurückhaltender Führungsstil von DeLays eiserner Hand in der Disziplinierung der Fraktion profitieren konnte, bedeutet die veränderte Situation eine ernste Bewährungsprobe.

Hastert genießt nach wie vor das Vertrauen der Abgeordneten, obwohl er sich in der Frage der Zwischenbesetzung der Fraktionsführung mit seinem Kandidaten, David Dreier (Cal.), dem Vorsitzenden des *House Rules Committee*, nicht durchsetzen konnte.

Unter diesen Vorzeichen könnte Hastert sich gezwungen sehen, stärker Rücksicht auf die Fraktion und ihre Interessen zu nehmen. Damit vermindert sich entsprechend seine Fähigkeit für die Administration im Congress die Rolle der politischen Speerspitze zu übernehmen.

2. Senat bestätigt Ernennung von Roberts zum Vorsitzenden des *Supreme Court*

Der Senat hat Ende September 2005 der Ernennung von John G. Roberts zum Vorsitzenden des *US Supreme Court* erwartungsgemäß mit breiter Mehrheit zugestimmt.

Präsident Bush hatte den früheren Bundesrichter zunächst als Nachfolger für die scheidende Verfassungsrichterin Sandra Day O'Connor nominiert, nach dem plötzlichen Tod von Chief Justice William J. Rehnquist jedoch für den Vorsitz des Verfassungsgerichts vorgeschlagen (vgl. CR 9/2005, S. 5).

Roberts professionelle Reputation und sein eindrucksvoller Auftritt in den Anhörungen vor dem Justizausschuss des Senats sicherten ihm einen vergleichsweise unkontroversen Abschluss des Bestätigungsverfahrens.

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Der Justizausschuss hatte die Ernennung Roberts bereits am 22. September 2005 mit der klaren Mehrheit von 13 gegen 5 Stimmen unterstützt.

In der Abstimmung im Plenum gewann Roberts ebenfalls überparteiliche Unterstützung und erhielt 78 Stimmen bei 22 Gegenstimmen. Für seine Ernennung sprachen sich neben den 55 Republikanern 22 Demokraten sowie der parteiunabhängige Senator James M. Jeffords (I-Vt.) aus.

Gegen Roberts stimmten vor allem demokratische Senatoren vom linken Flügel der Partei, die ungeachtet der hohen Qualifikation und pragmatischen Haltung von Roberts dessen konservative Orientierung bemängelten.

Kommentatoren vermerkten, dass mit Evan Bayh (D-Ind.), Joseph R. Biden (D-Del.) und Hillary Rodham Clinton (D-N.Y.) insbesondere die prospektiven Präsidentschaftskandidaten für 2008 ihre kritische Haltung bekräftigten und damit der Ablehnungsfront liberaler Interessengruppen folgten.

John Roberts wurde am 29. September als 17. Chief Justice im Beisein Präsident Bushs eingeschworen. Als sicher gilt schon jetzt, dass mit ihm die Standards für die Nominierung künftiger Kandidaten für den *Supreme Court* deutlich erhöht wurden.

3. Bush Nominierung von Harriet Miers für *Supreme Court* umstritten

Präsident George W. Bush hat Anfang Oktober 2005 mit *White House Counsel* Harriet Ellan Miers, seiner juristischen Chef-Beraterin, einen zweiten Nominierungsvorschlag für eine offene Richterstelle am höchsten Bundesgericht präsentiert.

Nach dem fulminanten Erfolg der Nominierung von John G. Roberts (vgl. Punkt 2) für den Vorsitz des *Supreme Court* ist die für die Nachfolge der ausscheidenden Verfassungsrichterin Sandra Day O'Connor vorgesehene Kandidatin jedoch unmittelbar auf scharf ablehnende Reaktionen gestoßen.

Während sich Vertreter der Demokratischen Partei bisher eher bedeckt hielten, traf Bushs Vorschlag vor allem unter rechts- und religiös-konservativen Republikanern auf überraschend schnelle wie heftige Kritik.

Prominente Vertreter der *Religious Right* wie Gary Bauer, Präsident der Organisation *American Values*, Rechtsausleger wie der notorische Radiokommentator Rush Limbaugh und der frühere Präsidentschaftskandidat Pat Buchanan ebenso wie der Herausgeber der neokonservativen Zeitschrift *Weekly Standard*, Bill Kristol, forderten Bush öffentlich in ungewöhnlich harscher Form auf, Miers Nominierung zurückzuziehen.

Die republikanische Rechte bemängelt insbesondere fehlende Erfahrungen der Kandi-

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

datin als Richterin wie ihre vollständige Unerfahrenheit mit Blick auf einschlägige Verfassungskontroversen. Im Kern geht es dabei jedoch weniger um die professionellen Qualifikationen von Miers als vielmehr um ihr unscharfes ideologisches Profil.

Hintergrund des offenen innerparteilichen Streits ist, dass Miers als Nachfolgerin von Sandra Day O'Connor, die sich einen Namen als ausgleichende Kraft zwischen dem konservativen und dem liberalen Flügel des Richterkollegs gemacht hat, nicht die gewünschte Aussicht auf einen klaren Kurswechsel am *Supreme Court* eröffnet.

Miers beachtliche Karriere als Juristin führte sie über Abschlüsse in Mathematik (B.A.) und Jura (J.D.) an der Southern Methodist University in Dallas, Texas, unter anderem zur Berufung als erste Vorsitzende der Anwaltskammer des Staates, der *State Bar Association of Texas*, und als Präsidentin einer renommierten Anwaltskanzlei.

Von einer zweijährigen Mitgliedschaft im Stadtparlament von Dallas abgesehen blieb ihre politische Karriere eng mit der George Bushs verwoben. Unter Gouverneur Bush diente sie als Vorsitzende der texanischen Lotto-Aufsicht, unter Präsident Bush war sie zuletzt stellvertretende Leiterin des Mitarbeiterstabs und seit Anfang 2005 Nachfolgerin von Alberto Gonzales als juristische Chef-Beraterin.

Ihr persönlicher Werdegang und Wandel von einer Katholikin und Demokratin zu einer evangelistischen Protestantin (*born again christian*) und loyalen Bush-Anhängerin schien sie auf den ersten Blick gerade für den religiös-konservativen Wählerblock der republikanischen Partei zu empfehlen, ohne dabei Wähler der politischen Mitte zu sehr zu beunruhigen.

Unverhohlen warb Bush für Miers unter Verweis auf ihre Zugehörigkeit zu einer zuverlässig konservativen protestantischen Kirchengemeinschaft. Unterstützer ihrer Nominierung strichen ihren aktiven Einsatz gegen ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch heraus.

Die Kritiker aus den republikanischen Reihen sind nicht nur skeptisch, weil Bush betont, die Nominierte werde ihre persönlichen Ansichten gegenüber verfassungsrechtlichen Prinzipien zurückstellen, sondern auch, weil Miers eine klar ausgeformte konservative Rechtsphilosophie vermissen lässt.

Weitere Nahrung erhielten die Zweifel an Miers durch deren bekannt gewordene Wahlkampfspenden an den Präsidentschaftskandidaten Al Gore 1988 sowie den früheren demokratischen Senator Lloyd Bentsen oder ihren Einsatz für die Frauen- und Minderheitenförderung als Präsidentin der Anwaltskammer von Texas.

In der republikanischen Senatsfraktion fiel angesichts der Kritik die Unterstützung für Bushs Vorschlag eher unterkühlt aus. Prominente konservative Senatoren wie Orrin G. Hatch (Utah) befürworteten zwar Miers Nominierung. Doch profilierte Gegner des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch wie Senator Sam Brownback (R-Kan.), Mitglied

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

des Justizausschusses, halten ihre Zustimmung vorläufig zurück und fordern deutlich mehr Informationen über die Kandidatin.

Diese abwartende Haltung und Forderung nach zusätzlichen Einblicken in die politischen und rechtlichen Vorstellungen der Kandidaten decken sich weitgehend mit der Position der demokratischen Senatoren.

Der Vorsitzende des Senatsausschusses, Arlen Specter (R-Pa.), hat mit dem führenden Vertreter der demokratischen Minderheit, Patrick Leahy (D-Vt.), eine umfassende Offenlegung von Dokumenten durch die Administration gefordert. Die bisherigen Angaben wie Miers Antworten auf einen Fragebogen des Ausschusses werden als unzureichend angesehen.

Bush hält allerdings an seiner bisherigen Linie fest, Unterlagen zurückzuhalten, die das Vertrauensverhältnis zwischen dem Präsident und seinen Mitarbeitern berühren. Vor dem ohnehin schwierigen Hintergrund der Beratungen über den Ernennungsvorschlag lässt dies spannende Anhörungen und eine pointierte Befragung erwarten, die Specter und Leahy unisono als entscheidend für den Erfolg Miers bezeichneten.

Unbeschadet der Erfolgsaussichten der Kandidatin, zeigt die Kontroverse jedoch, dass die unter der Leitung von Bushs Chef-Strategen Karl Rove (siehe Punkt 10) sorgsam gepflegten Bande zwischen der Administration und der Parteirechten tiefe Risse aufweisen. Die Loyalität und Geduld der rechtskonservativen Organisationen und ihrer Spitzenvertreter, die Bush in den ersten vier Jahren ein sicheres Fundament für flexible Manöver zwischen Parteibasis und politischer Mitte boten, ist sichtlich an ihre Grenzen gestoßen.

4. Republikaner spüren wachsenden Druck bei Haushaltsberatungen 2006

Die republikanischen Mehrheiten in beiden Kammern des Congress stehen in den Beratungen über den Bundeshaushalt 2006 unter wachsendem politischen Druck (vgl. CR 9/2005, S. 6). Bisher haben sie erst drei von insgesamt dreizehn Bewilligungsgesetzen (*Homeland Security, Interior, Legislative Branch*) verabschiedet.

Da das neue Haushaltsjahr 2006 rechnungstechnisch bereits am 1. Oktober begonnen hat, haben beide Kammern am 29./30. September 2005 zunächst einen Übergangshaushalt (*Fiscal Year* 2006 *Continuing Resolution*) beschlossen, mit dem die Bundesausgaben in den noch offenen Bewilligungsfeldern nun bis zum 18. November 2005 auf der Höhe des Vorjahres fortgeschrieben werden.

Kompliziert wird der zügige Abschluss der Budgetberatungen durch die konkurrierenden haushaltspolitischen Ziele, denen sich die republikanischen Mehrheitsfraktionen gegenübersehen. Einerseits wollen sie die Steuern während eines Zeitraumes von fünf Jahren um zusätzliche 70 Mrd. USD senken. Andererseits stehen sie nach den Verwüs-

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

tungen des Wirbelsturms Katrina (vgl. CR 9/2005, S. 1) und mit Blick auf die schwierige Lage im Irak (vgl. CR 6/2005, S. 3) vor neuen Ausgabenanforderungen.

Allein im Zusammenhang mit Hurrikan Katrina wird mit zusätzlichen Belastungen des Bundeshaushalts in Höhe von bis zu 200 Mrd. USD gerechnet. Für den Krieg gegen den Terrorismus im Irak und in Afghanistan hat der Congress seit dem 11. September 2001 schon über 300 Mrd. USD bereitgestellt, und im Rahmen der Verteidigungsbewilligung für das Jahr 2006 (vgl. auch Punkt 6) sind weitere Ausgaben in Höhe von 50 Mrd. USD vorgesehen. Der *Congressional Research Service* geht von monatlichen Kosten in Höhe von 7 Mrd. USD für die weitere Truppenpräsenz der USA im Irak aus.

Alles in allem ist auf Grund der anvisierten Steuererleichterungen sowie der Kosten für den „war on terrorism“ und für die Schäden durch den Wirbelsturm Katrina mit zusätzlichen Belastungen für den US-Bundeshaushalt von über 500 Mrd. USD während der nächsten fünf Jahre zu rechnen.

Hinzu kommen die ständig wachsenden Ausgaben für so genannte *entitlement programs* wie *Social Security*, *Medicare* und *Medicaid*, die mittlerweile 1,5 Billionen USD pro Jahr betragen. Zum Vergleich: Die Bundesausgaben im Bereich der *discretionary programs* lagen im Jahr 2005 bei 493 Mrd. (*defense*) bzw. 467 Mrd. (*non-defense*), also insgesamt 960 Mrd. USD.

In diesem Zusammenhang wächst die Sorge vor einem strukturellen Haushaltsdefizit. Folgt man dem *Congressional Budget Office* (CBO), dann ist für die kommenden fünf Jahre mit einem Defizit von bis zu 1,6 Billionen USD im Bundeshaushalt der Vereinigten Staaten zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass fiskalkonservative Mitglieder der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus sich zunehmend irritiert zeigen und deutliche Kurskorrekturen von ihren Fraktionsführungen verlangen. Mitglieder der einflussreichen *Republican Study Group* wie Mike Pence (Ind.) verlangen drastische Kürzungen im US-Bundeshaushalt. Sie verweisen dabei auf neue Meinungsumfragen, in denen die Mehrheit der Befragten erstmals seit 1994 (dem Erdrutschsieg der Republikaner im Congress) den Demokraten wieder den Vorzug in einer Wahl zum Congress geben würde. Hinzu kommt eine generelle Verschiebung der Aufmerksamkeit der US-Öffentlichkeit hin zu Fragen der Innenpolitik.

Das *Pew Research Center for the People and the Press* kommt nach dem Wirbelsturm Katrina zu dem Ergebnis, dass erstmals seit den Ereignissen des 11. September 2001 eine Mehrheit von 56 Prozent der Befragten wieder die Innenpolitik im Fokus der Aufmerksamkeit der Politik des Präsidenten sehen möchte. Gleichzeitig hat die Unzufriedenheit mit der Politik Bushs – und hier insbesondere mit seiner Irakpolitik weiter zugenommen. Dies wirft für die Republikaner mit Blick auf die Zwischenwahlen im Congress 2006 heikle Fragen auf und hat vor allem fiskalkonservative Mitglieder der Mehrheitsfraktionen auf den Plan gerufen, die nicht müde werden, eine Kurskorrektur in der Budgetpolitik zu verlangen.

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Die *Republican Study Group* hat in diesem Zusammenhang ihren Plan „Operation Offset“ vorgestellt, wonach in den kommenden fünf Jahren Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt in Höhe von 370 Mrd. USD erfolgen sollen. Dazu zählen sowohl Kürzungen im Bereich *Medicare*, dem staatlichen Krankenversicherungsprogramm für Senioren, als auch Einsparungen in der Verkehrspolitik.

Speaker J. Dennis Hastert (R-Ill.) hat die Ermächtigungsausschüsse im Congress Anfang Oktober 2005 dazu aufgefordert, im laufenden Prozess der *Budget Reconciliation* für das Haushaltsjahr 2006 Kürzungen in Höhe von 50 Mrd. USD im Bereich der so genannten „mandatory programs“ vorzunehmen. Der Vorstoß zielt offensichtlich vor allem auf die *Republican Study Group* und deren Forderungen nach stärkerer Haushaltsdisziplin. Ob sie mehr als ein auf die Fraktion gerichtetes Lippenbekenntnis ist, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall eröffnet Hasterts Initiative den Demokraten im Repräsentantenhaus die Chance zur politischen Profilierung mit Blick auf die *midterm elections* 2006.

Die breite Öffentlichkeit in den USA scheint Kürzungen im Bereich der „domestic programs“ derzeit nicht zu favorisieren. Einer *Gallup*-Umfrage von Mitte September 2005 zufolge sprachen sich 54 Prozent der Befragten dafür aus, die durch den Hurrikan Katrina entstandenen Schäden durch eine Kürzung der Ausgaben im Irak-Krieg aufzufangen. Gerade mal 15 Prozent der Befragten wollten eine Erhöhung des Haushaltsdefizits gut heißen und lediglich 17 Prozent sprachen sich für Steuererhöhungen aus. Für Kürzungen von „domestic programs“ waren nur 6 Prozent der Befragten. Inwieweit sich vor diesem Hintergrund in den Haushaltsentscheidungen eine gefährliche politische Flanke für die Republikaner geöffnet hat, bleibt abzuwarten.

Gleichwohl hat sich der politische Druck auf die Mehrheitsfraktionen im Congress seit den fallenden Umfragewerten für Präsident Bush und der breiten Kritik an seiner anfänglichen Reaktion auf die Wirbelsturmkatastrophe und seiner Irakpolitik deutlich erhöht. Hinzu kommt die politische Belastung im Zusammenhang mit den strafrechtlichen Untersuchungen gegen *Majority Leader* Tom DeLay (R-Texas) im Repräsentantenhaus (vgl. Punkt 1).

5. Haushaltsbewilligung für *Homeland Security* verabschiedet

Repräsentantenhaus und Senat haben am 6./7. Oktober 2005 der im Vermittlungsausschuss erarbeiteten Vorlage für *Homeland Security Appropriations* (*House Report* 109-241) für das Haushaltsjahr 2006 zugestimmt. Das Bewilligungsgesetz für die innere Sicherheit hat einen Gesamtumfang von 31,86 Mrd. USD, eine Ausgabensteigerung von etwa 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Zu den Gewinnern im Rahmen der diesjährigen Haushaltsbewilligung für *Homeland Security* zählt

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

- der Bereich *Customs and Border Protection*, für den 5,95 Mrd. USD zur Verfügung gestellt wurden (gegenüber 5,57 Mrd. USD wie von Präsident Bush ursprünglich gefordert).

Die Mittel für die Katastrophenschutzbehörde FEMA (*Federal Emergency Management Agency*), die im Zuge der Hurrikankatastrophe Katrina in das Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten war (vgl. CR 9/2005, S.1), wurden um 15 Prozent gegenüber dem von Präsident Bush ursprünglich verlangten Haushaltsansatz auf 2,63 Mrd. USD gekürzt.

Darüber hinaus wurden bewilligt

- 3,17 Mrd. USD für *Immigration and Customs Enforcement*, 7,79 Mrd. USD für die Arbeit der *Coast Guard*, 1,12 Mrd. USD für die Arbeit des *Secret Service*, 3,93 Mrd. USD für die *Transportation Security Administration* sowie 2,63 Mrd. USD für den Bereich *Domestic Preparedness*.

Während die Republikaner das Bewilligungsgesetz generell lobten, auch wenn „der Weg zur Sicherung der Grenzen noch lang ist“, wie Harold Rogers (R-Ky.), der Vorsitzende des *Homeland Security Appropriations Subcommittee* im Repräsentantenhaus sich ausdrückte, mahnten einzelne Demokraten wie Senator Robert C. Byrd (D-W.Va.) ein „stärkeres“ (more robust) Bewilligungsgesetz für die innere Sicherheit der USA an. Gemeint waren vor allem höhere Mittelansätze für die Ersthilfe im Katastrophenfall auf regionaler und lokaler Ebene.

6. Senat einigt sich auf Verteidigungsbewilligungsvorlage 2006

Der Senat hat am 7. Oktober 2005 einstimmig seine Vorlage für das Verteidigungsbewilligungsgesetz 2006 (*Senate Report* 109-141) verabschiedet. Die so genannte *Defense Appropriations Bill* sieht für das neue Haushaltsjahr Rüstungsausgaben in Höhe von 445,5 Mrd. USD vor. In die Bewilligungssumme eingeschlossen sind 50 Mrd. USD zur Finanzierung der laufenden militärischen Operationen in Afghanistan und im Irak.

Ein Versuch von Senator John W. Warner (R-Va.), dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Senat, die blockierte *Defense Authorization Bill* (vgl. CR 7-8/2005, S. 7) zusammen mit fast 100 zusätzlichen Bestimmungen an die Verteidigungsbewilligung anzuhängen, scheiterte mit 50:49 Stimmen.

Dagegen wurde ein Zusatz von Senator John McCain (R-Arz.) mit 90:9 Stimmen angenommen,

- welcher die Folter oder unmenschliche Behandlung von so genannten *enemy combatants* verbietet und Verhörspezialisten in Militärgefängnissen wie *Guantanamo Bay*

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

dazu verpflichtet, Kriegsgefangenen Rechte nach dem Genfer Abkommen von 1949 einzuräumen (vgl. auch CR 6/2005, S. 1; CR 7-8/2005, S. 8), was im übrigen auch der *U.S. Army Field Manual* so vorsieht.

Für das *Amendment* stimmten neben allen 44 Mitgliedern der demokratischen Minderheitsfraktion auch 45 Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion sowie ein unabhängiger Senator. Neun Republikaner votierten gegen den Zusatz ihres Fraktionskollegen McCain, und zwar die Senatoren Wayne Allard (Colo.), Christopher Bond (Mo.), Tom Coburn (Okla.), James Inhofe (Okla.), Thad Cochran (Miss.), John Cornyn (Tex.), Pat Roberts (Kann.), Jeff Sessions (Ala.) sowie Ted Stevens (Alaska).

Präsident Bush hat gegen den Zusatz von Senator McCain, der selbst lange Zeit in vietnamesischen Kriegsgefangenenlagern festgehalten wurde, sein Veto angedroht.

Nun muss der Senat seinen Entwurf zum Verteidigungsbewilligungsgesetz im Vermittlungsausschuss noch mit dem des Repräsentantenhauses abstimmen. Dabei dürfte neben der Höhe der Gesamtbewilligungssumme, die im Repräsentantenhaus niedriger angesetzt ist, vor allem der McCain-Zusatz für Kontroversen sorgen. Die Vorlage des Repräsentantenhauses sieht kein ausdrückliches Verbot inhumaner Verhörmethoden von Kriegsgefangenen vor und verzichtet auch darauf, Gefangenen im Militärlager *Guantanamo Bay* einen Kriegsgefangenenstatus einzuräumen.

7. Repräsentantenhaus schränkt Produkthaftung für Handfeuerwaffen ein

Das Repräsentantenhaus hat sich am 20. Oktober 2005 mit 283:144 Stimmen für eine Beschränkung der Produkthaftung für Handfeuerwaffen ausgesprochen.

Die Entscheidung, die von der *National Rifle Association* als „historisch“ bezeichnet wurde, kollidiert mit der Gesetzgebung des *District of Columbia*. Dort können Opfer von Gewaltverbrechen, bei denen halbautomatische Waffen benutzt wurden, Waffenproduzenten und Waffenverkäufer auf Schadensersatz verklagen.

Kritiker bezeichneten die Entscheidung als typisches Beispiel für den übermächtigen Einfluss von Partikularinteressen auf die Arbeit des Parlaments. Vertreter des *District of Columbia* kündigten an, dass sie sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln gegen eine diesbezügliche Endentscheidung des Congress zur Wehr setzen würden. Sie sehen in der Einschränkung der Produkthaftung das falsche Signal für die Bekämpfung der Gewaltkriminalität in den USA.

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

8. Stärkere Kontrolle der Katastrophenhilfe verlangt

Im Senat hat sich die Vorsitzende des *Homeland Security and Governmental Affairs Committee*, Susan Collins (R-Maine), für eine stärkere Kontrolle der staatlichen Katastrophenhilfe nach Hurrikan Katrina ausgesprochen, für die der Congress bisher 62,3 Mrd. USD zur Verfügung hat (vgl. CR 9/2005, S. 1).

Collins befürchtet „waste, fraud and abuse“ und hat Ende September 2005 *Majority Leader* Bill First (R-Tenn.) in einem Schreiben, das auch von Demokraten wie Joseph I. Lieberman (Conn.) unterzeichnet wurde, vorgeschlagen, die Position eines *Inspector General* einzurichten, der eine unabhängige Rechnungsprüfung der für die Katastrophenhilfe zur Verfügung gestellten Steuermittel vornehmen und sicherstellen soll.

Beide Parteien befürchten wohl den politischen Schaden, der mit Blick auf die Zwischenwahlen 2006 entstehen könnte, falls sich herausstellt, dass der Congress zwar schnell in der Mittelbewilligung nach Katrina war, aber keine effektiven Kontrollmechanismen für die sachgemäße Verwendung der Milliardensummen entwickelt hat.

9. Bush dringt erneut auf Visa-Programm

Präsident George W. Bush hat in seiner wöchentlichen Radio-Ansprache vom 22. Oktober 2005 den Congress erneut dazu aufgefordert, ein Visa-Programm zu verabschieden, mit dem die Erteilung einer befristeten Arbeitserlaubnis für Migranten erleichtert werden soll.

Bush hatte bereits im Präsidentschaftswahlkampf 2004 eine entsprechende Initiative angekündigt, die allerdings unter konservativen Republikaner wenig positiv aufgenommen worden war (vgl. CR 1/2005, S. 6).

Während das Programm offiziell auch der Bekämpfung der illegalen Einwanderung dienen soll, zielt es im Kern vor allem auf Wähler süd- und mittelamerikanischer Herkunft und kommt jenen Wirtschaftsinteressen entgegen, die auf billige Saisonarbeiter und gering qualifizierte Arbeitskräfte setzen.

Mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung des konservativen *Mainstream* der Republikanischen Partei, der dem Problem der illegalen Migration vor allem mit verschärften Grenzkontrollen und Deportationen begegnen will, kombinierte der Präsident seinen aktuellen Vorstoß mit Überlegungen zur Sicherung der Landesgrenzen im Zuge der nationalen Sicherheitspolitik.

Ungeachtet der Inititaive der Administration scheint der neuerliche Anlauf kaum Resonanz im Congress zu finden. Tom Tancredo (R-Colo.), der Vorsitzende des informellen *Immigration Reform Caucus* im Repräsentantenhaus, dem 90 meistenteils re-

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

pubikanische Abgeordnete angehören, hält Ansätze zu einer Legalisierung der im Untergrund arbeiten Migranten für einen Anreiz zur illegalen Einwanderung.

Im Senat liegen mehrere Alternativentwürfe vor. Die Republikaner John Cornyn (Tx.) und Jon Kyl (Arz.) fordern eine deutliche Verschärfung der Bedingungen für die Erteilung temporärer Visa und wollen erreichen, dass Ausländer ohne Aufenthalterlaubnis zuerst in ihr Heimatland zurückkehren müssen, bevor sie sich um eine Arbeitserlaubnis bewerben können. Die Senatoren John McCain (R-Ariz.) und Edward Kennedy (D-Mass.) haben sich für Erteilung vorläufiger Visa während der Antragstellung auf eine Arbeitserlaubnis ausgesprochen.

Senate Majority Leader Bill Frist (R-Tenn.) deutete an, dass er das Thema erst im nächsten Jahr aufgreifen will. Unter den Vorzeichen der Zwischenwahlen zum Congress 2006 dürfte es für Präsident Bush jedoch kaum einfacher werden, eine mehrheitsfähige Kompromisslinie im Congress zu finden.

10. Ermittlungen zu Wilson-Affäre kurz vor dem Abschluss

Die Ermittlungen des Sonderstaatsanwalts, *Special Counsel* Patrick J. Fitzgerald zu den Hintergründen der Enttarnung der CIA-Agentin Valerie Plame im Zuge der Debatte um die Begründung des Irak-Kriegs 2003 stehen kurz vor dem Abschluss und haben heftige Spekulationen um eine mögliche Anklageerhebung gegen ranghohe Mitarbeiter der Administration ausgelöst.

Staatsanwalt Fitzgerald untersucht, ob die Aufdeckung der Identität von Valerie Plame in einem Zeitungskommentar des konservativen Kolumnisten Robert D. Novak auf eine gezielte Kampagne zur Diskreditierung ihres Mannes, Botschafter a. D. Joseph Wilson, von Seiten der Administration zurückzuführen ist.

Wilson hatte in einer Untersuchung für die *CIA* 2002 Erkenntnisse zusammengetragen, die Vorwürfe entkräfteten, der Irak habe unter Saddam Hussein versucht waffenfähiges Uran im Niger zu kaufen. Nachdem Präsident Bush die Vorwürfe in seiner Ansprache zur Lage der Nation 2003 erneuerte, trat Wilson an die Öffentlichkeit und geriet damit ins Visier des politischen Apparats im Weißen Haus.

Die wissentliche und vorsätzliche Enttarnung von Geheimagenten ist unter dem *Intelligence Identities Protection Act* von 1982 strafbar. Der Nachweis einer strafbaren Handlung unter diesem Gesetz ist jedoch ähnlich schwierig wie eine Verurteilung wegen Geheimnisverrats unter dem *Espionage Act* von 1917.

Fitzgerald könnte deswegen versuchen, den Vorwurf auf eine gesetzeswidrige Verabredung (*conspiracy*) einer Diskreditierungskampagne, die den Verrat von klassifizierten Informationen bewusst in Kauf genommen hat, zu konzentrieren. Daneben kom-

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

men Falschaussagen (*perjury*) und Behinderung der Ermittlungen (*obstruction of justice*) als weitere, strafrechtlich relevante Tatbestände in Betracht.

Das Hauptaugenmerk des als ebenso gewissenhaft wie unbestechlich geltenden Staatsanwalts richtet sich nach bisher bekannt gewordenen Informationen auf Karl Rove, den politischen Chefstrategen des Präsidenten, und I. Lewis „Scooter" Libby, den Stabschef des Vizepräsidenten Dick Cheney.

Entgegen früheren Darstellungen des Weißen Hauses haben beide in Kontakten mit Journalisten Informationen zu Wilson und Plame weitergegeben. Allerdings deutet sich auch eine zentrale Rolle Vizepräsident Cheneys an, der ungeachtet seiner Beteuerungen, Wilson nicht gekannt zu haben, vom früheren CIA Direktor George J. Tenet über Wilson und Plame unterrichtet worden war und Libby über die Zusammenhänge informiert hatte.

Politische Beobachter und Mitarbeiter des Weißen Hauses befürchten auch ohne Kenntnis der noch vor Ende Oktober erwarteten Untersuchungsbefunde gravierende Folgen für die Administration.

Neben dem Image-Schaden des Skandals droht eine verstärkte Legitimationskrise mit Blick auf den innenpolitisch zunehmend unpopulären Irakkrieg und die Besetzung des Landes. Zudem ist noch nicht abzusehen, welche Weiterungen der nach einer Anklageerhebung unausweichliche Rücktritt Karl Roves, des Chefberaters des Präsidenten, haben würde.

Während die Erfahrungen insbesondere der Reagan- und der Clinton-Administration gezeigt haben, dass sich Präsidenten von derartigen politischen Tiefschlägen zumindest in Teilen erholen können, fehlt Bush im Gegensatz zu seinen populären Amtsvorgängern zur Zeit der notwendige Rückhalt in der US-amerikanischen Öffentlichkeit, und seine Administration ist politisch nur noch bedingt manövrierfähig (vgl. CR 6/2005, S. 8).

Die nächste Ausgabe des *Congress Report* erscheint im Dezember als Doppelnummer 11-12/2005.

Congress Report, ISSN 0935 - 7246
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Alle Rechte vorbehalten.

Technische Universität Kaiserslautern

Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.politik.uni-kl.de/congress_report